

Tages-Anzeiger

Mittwoch
17. Juli 2019

127. Jahrgang Nr. 163
Fr. 4.20
AZ 8021 Zürich

Games

Elf Spiele für das Tablet oder Smartphone, die wirklich begeistern.

29

Stéphane Henchoz

Sions neuer Trainer will den Spielern beibringen, was Arbeit heisst.

26



«The Lion King»

Wie rassistisch ist die Neuverfilmung des Disney-Klassikers?

27

Ursula von der Leyen schafft es als erste Frau an die EU-Spitze

Juncker-Nachfolge Die 60-jährige Deutsche hat bei der Wahl zur neuen Kommissionspräsidentin nur neun Stimmen mehr als nötig bekommen.

Stephan Israel, Strassburg, und Fabian Fellmann, Bern

Ursula von der Leyen wollte gestern Abend in der knappen Wahl kein Problem sehen: «In der Demokratie ist die Mehrheit die Mehrheit», sagte die bisherige deutsche Verteidigungsministerin und künftige EU-Kommissionspräsidentin. 383 von 747 Abgeordneten im EU-Parlament stimmten für sie, nur 9 mehr als nötig. Teile der Sozialdemokraten und die Grünen verweigerten die Unterstützung, weil Ursula von der Leyen bei der Europawahl nicht als Spitzenkandidatin angetreten war.

Umgekehrt dürfte die Christdemokratin und langjährige Weggefährtin von Angela Merkel Stimmen von polnischen und italienischen Euroskeptikern bekommen haben. Von der Leyen wird am 1. November als erste EU-Kommissionspräsidentin die Nachfolge von Jean-Claude Juncker antreten. Für die Ärztin ist es eine Heimkehr, denn von der Leyen wurde als Tochter eines EU-Beamten und späteren deutschen Landespolitikers in Brüssel geboren. «Ich wollte immer zurück zu meinen Wurzeln.»

Bundespräsident Ueli Maurer wird von der Leyen umgehend mit einem Brief zur Wahl gratulieren. Mehr zu reden gab unter Schweizer Aussenpolitikern indes eine andere Brüsseler Personalie: Martin Selmayr legt sein Amt als Generalsekretär der Kommission nieder. Er galt als harter Hund in den Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU. Sein Abschied sei «eine gute Nachricht», sagt Filippo Lombardi, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats. FDP-Aussenpolitiker Damian Müller sagt: «Der Wechsel an der Spitze erleichtert es, wieder an einen Tisch zu sitzen und Lösungen für die Knackpunkte im institutionellen Abkommen zu finden.»

Kommentar Seite 2, Berichte Seite 7



«Die Mehrheit ist die Mehrheit»: Ursula von der Leyen nach ihrem Zittersieg in Strassburg. Foto: Patrick Seeger (EPA, Keystone)

SP will Beamten heikle Jobwechsel verbieten

Karenzfrist Der Fall Brupbacher hat in Bundesbern eine Debatte um problematische Seitenwechsel von hohen Beamten ausgelöst. Vor drei Wochen hat der «Tages-Anzeiger» enthüllt, dass der ehemalige Generalsekretär des Wirtschaftsdepartements seinem heutigen Arbeitgeber vertrauliche Informationen zuspülte. Wenige Wochen später trat FDP-Politiker Stefan Brupbacher seine Stelle als Swissmem-Direktor an.

Solche Interessenkonflikte will Nadine Masshardt (SP) künftig vermeiden. Sie fordert eine zwingende Karenzfrist für Topbeamte von mindestens zwölf Monaten, wenn zwischen den Aufgaben des Bundesangestellten und der Tätigkeit seines neuen Arbeitgebers ein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Seitenwechsel wie jener von Jörg Gasser, der diesen Frühling vom Staatssekretär für Internationale Finanzfragen zum CEO der Bankiervereinigung wurde, wären damit nicht mehr möglich.

Während man in der SVP Sympathien hegt für Masshardts Vorschlag, sind bei CVP und FDP ablehnende Stimmen zu vernehmen. Eine zwingende Karenzfrist schmälere die Attraktivität des Bundes als Arbeitgeber, sagt Ständerat Andrea Caroni (FDP). Fingerspitzengefühl für Interessenkonflikte lasse sich nicht per Gesetz verordnen, erklärt CVP-Nationalrätin Ruth Humbel. (Inz) Seite 5

Kampf ums Seeufer: In Genf gehts weiter

Seezugang Die Genfer Gemeinde Colonge-Bellerive hat in diesem Sommer erstmals den Zugang zum See limitiert. Dies trifft vor allem die Auswärtigen. Sie müssen, um ans Ufer zu gelangen, neu zahlen, eine andere Stelle ist gar ganz geschlossen worden. Die Massnahme sorgt in der Region für Empörung und hat eine alte Debatte neu entfacht. So sind in den Kantonen Waadt und Genf bereits zwei Initiativen in Vorbereitung. Der Bevölkerung soll vollumfänglich Zugang zum See gewährt werden. Auch in Neuenburg oder Zürich gibt es Vorstösse, die die Frage klären wollen: Wem gehört eigentlich der See? (cix) Seite 3

Wer an den Cannabis-Pilotstudien teilnimmt, soll dem Arbeitgeber gemeldet werden

Drogen Den umstrittenen Cannabis-Experimenten in verschiedenen Schweizer Städten droht das Aus. Zürich, Bern und Basel wollen im Rahmen von wissenschaftlichen Studien Cannabis mit hohem THC-Gehalt an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verkaufen. Ziel ist unter anderem, das Konsumverhalten besser zu verstehen – auch im Hinblick auf eine spätere Legalisierung. Voraussetzung für diese Experimente ist jedoch ein Spezialgesetz auf nationaler Ebene. Der Bundesrat hat einen Entwurf ausgearbeitet, der nun vom Parlament beraten werden muss.

Und hier sieht es von Anfang an schlecht aus für die Städte. Zwar ist die erstbehandelnde Gesundheitskommission des Nationalrats noch knapp auf die Vorlage eingetreten. Doch hat sich in der Detailberatung eine ebenfalls knappe Mehrheit für eine zusätzliche Bedingung für die Experimente ausgesprochen: Die volljährigen Teilnehmer sollen ihren Arbeitgeber oder ihre Schule informieren müssen. Für die Studienverantwortlichen in den Städten ist klar: Eine solche Informationspflicht würde zu viele Cannabis-Konsumenten von einer Teilnahme abhalten. (ldc) Seite 4

Kommentare & Analysen

«Für die, die Hunger leiden, bedeutet es pure Not. Für alle anderen grosse Verantwortung.»

Michael Baumüller
Der Redaktor über die Tatsache, dass die Zahl der Unterernährten auf der Welt auf 820 Millionen Menschen angestiegen ist. Seite 2

Libra: Der US-Senat misstraut Facebook

Digitalwährung Facebook will seine geplante Kryptowährung Libra nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden starten. Für die Libra Association mit Sitz in Genf solle die Finma für «angemessene regulatorische Rahmenbedingungen» sorgen, erklärte Projektleiter David Marcus vor der Bankenkommission des US-Senats. Das Vorhaben einer Facebook-Währung hat diesen ersten politischen Test nur mit grosser Mühe bestanden. Die Mehrheit der Kommission misstraut Facebook. Ein Libra-Start schon im kommenden Frühling scheint eher unwahrscheinlich. (red) Seite 9

Leupi befürchtet keine Sparmassnahmen

Steuern Daniel Leupi, der grüne Finanzvorsteher der Stadt Zürich, weibelt für die kantonale Umsetzung der zweiten Unternehmenssteuerreform. Und damit gegen die Absichten seiner Partei. «Wir haben mit der kantonalen Vorlage jetzt eine Lösung, die auch die Interessen der Städte und Gemeinden berücksichtigt», sagt Leupi im Interview mit dem «Tages-Anzeiger». Der 54-Jährige geht davon aus, dass eine Annahme der Steuervorlage 17 für Zürich keine grösseren finanziellen Einbussen zur Folge haben würde. Sparmassnahmen seien daher keine nötig. (red) Seite 15



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Inserate 044 248 40 30, inserate@tages-anzeiger.ch
Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe leserforum@tages-anzeiger.ch
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Leserbriefe 13 TV/Radio 22
Veranstaltungen 18 Rätsel 30
Todesanzeigen 20 Wetter 31